# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## Amtsblatt für den Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

## Anzeiger

für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüsdorf, Langenberg, Wüstenbrand, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Gelenau, Grumbach, Kirchberg, Frankenau, St. Egidien, Wüstenbrand, Crossen, Wüstenbrand, Ursprung, Kirchberg, Culbach, Pleiße und Rußdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 315 Mk., monatlich 105 Pfg. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamte vierteljährlich 315 Mk., monatlich 105 Pfg., frei ins Haus vierteljährlich 3,57 Mk., monatlich 1.19 Pfg. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 3. Briefe und Telegramme an den Stadtrat Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.

Der Anzeigenpreis beträgt in den abgegrenzten Preisen für die sechsgespaltene Korpuszeile 25 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 75 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck entsprechender Nachlaß. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus, zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelten alle Bedingungen unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Kraft.

Nr. 101 — Bank-Konto: Chemnitzer Bankverein, Filialamt. — Sonntag, 4. Mai 1919. — Postscheck-Konto: Leipzig 2864. — 69. Jahrg.


## Die trostlose Finanzlage Deutschlands

### 23 Milliarden Jahreserfordernis.

* Der neue Reichsfinanzminister Dernburg hielt am Freitag vor der Handelskammer in Berlin einen Vortrag über die Finanzlage Deutschlands und die Möglichkeit einer Kriegsentschädigung, der vielleicht so manchem Optimisten, der heute noch „an die unverwüstliche Volks- und Finanzkraft" unseres Landes glaubt, die Augen öffnen wird über das, was uns bevorsteht. Dernburg führte einleitend aus, daß die bekannten Helfferich'schen Schätzungen des deutschen Volksvermögens — 315 Milliarden Mark — heute nicht mehr zutreffen und gab dann einige Ziffern des Reichshaushaltes, wie sie sich vermutlich in Zukunft stellen werden, wobei noch keinerlei Zahlungen an unsere Feinde vorausgesetzt sind. An Kosten für Heer, Marine, Kolonien setzen wir im künftigen Budget den Friedensdemobilstand mit etwa 2 Milliarden ein. Die Entente nötigt uns ein Söldnerheer auf. Wir werden auf eine Wehrmacht bedacht sein müssen. Die deutsche Wehrmacht ist heute die einzige Brandwache, die das ganze Europa gegen die zerstörenden Mächte der östlichen Irrlehren schützt. Daß diese Vorpostenstellung durch eine Zerstörung unserer Leistungsfähigkeit nicht untergraben wird, ist ein besonderes Interesse auch unserer Feinde. Es ist eine Versicherungsprämie auch für sie, die sie uns in irgendeiner Form zurückvergüten müssen. Für die Versorgungsgebührnisse infolge des Krieges haben wir im Etat 1¼ Milliarde angesetzt. Wegen noch zu erwartender Ansprüche ist aber eine Summe von 4½ Milliarden in Aussicht zu nehmen. Die Kriegsausgaben sind mit 185 Milliarden Mark in Ansatz zu bringen. Diese Schuld bedingt ohne Tilgung ein jährliches Erfordernis von 9248 Millionen Mark. Wir kommen also auf

### 23 Milliarden jährlicher Gesamtbelastung.

Zur Deckung sind bisher für etwa 7 Milliarden Steuerbelastung ausgearbeitet. Unsere künftigen Steuern werden also in die Vermögen und Einkommen hart einschneiden. Nach meiner Taxe dürften bei den hohen Einkommen und Vermögen 60—70 Prozent erfaßt werden. Die Gegner könnten nun sagen: Wenn ihr trotz der erschütterten Wirtschaft 14 Milliarden Mark aufbringen könnt, warum liefert ihr diese 14 Milliarden nicht in erster Linie an uns ab? Streicht doch einfach die Hauptausgaben! Soll ich etwa die 4½ Milliarden Mark, die wir an die Kriegsbeschädigten zu zahlen haben, streichen? Hunderttausende brauchen diesen Ehrensold, um sich wieder eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. Dann streicht, so wird man sagen den zweiten Hauptposten in eurem Etat, die Zinsen für die Kriegsanleihe. Bei vielen Besitzern von Kriegsanleihe werden jedoch die Zinseneinnahmen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes gebraucht. Weiter befindet sich ein großer Teil der Kriegsanleihen in Händen von gemeinnützigen Versorgungsanstalten. Er bildet den letzten Anker für das gesamte Wirtschaftsleben, indem die Alters-, Invaliden-, Lebensversicherung und vor allem auch die Sparkassen ihre Einnahmen zum großen Teil aus den Kriegsanleihezinsen ziehen. So können wir weder von den Einnahmen abgeben, noch von dem Steueraufkommen Abstriche machen. 23 Milliarden Mark Steuern bedeuten aber fast das gesamte Einkommen aller Preußen über 3000 Mark. Nichts veranschaulicht deutlicher die Lasten, die in Zukunft von den Einzelwirtschaften zu tragen sind. Aus alledem ergibt sich, daß die Zahlung einer Kriegsentschädigung in Höhe von 125 Milliarden Francs oder auch nur in jährlichen Raten von 4 Milliarden Francs überhaupt nicht in Frage kommen kann. Wir können nur zahlen mit unserer Arbeit, und diese in Gang zu bringen und erfolgreich zu gestalten, sind Lebensmittel und vor allem Rohstoffe erforderlich. Nur dann, wenn die Gegner uns umfangreiche Valutakredite bewilligen und Zeit zum Arbeiten lassen, wird es möglich, daß wir die übernommene Verpflichtung des Wiederaufbaues auch tatsächlich realisieren können.

## Bevorstehende Auflösung der Obersten Heeresleitung.

**Wie wir aus Berlin erfahren, hat Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichspräsidenten Ebert ein Schreiben gerichtet, in dem er dem Wunsche Ausdruck gibt, sich ins Privatleben zurückzuziehen, der sicher allgemein verstanden würde, zumal ja bekannt sei, wie schwer es ihm bei seinen Anschauungen und seiner ganzen Vergangenheit geworden sei, in der jetzigen Zeit sein Amt weiter auszuüben.**

**Der Reichspräsident antwortete hierauf, daß er gern diese Gelegenheit benütze, um ihm für seine dem Vaterlande während des Krieges und in jetziger Zeit unter großer Aufopferung geleisteten Dienste den unauslöschlichen Dank des deutschen Volkes auszusprechen, das ihm sein Ausharren auf dem Posten auch in schwerer Zeit niemals vergessen werde.**

## Der Kampf um München.

* Die bayrische Regierung — wenn man von einer solchen nach normalen Begriffen überhaupt noch reden kann — hat es durchaus nicht eilig, das erwartungsvolle Deutschland über den Fortgang der Befreiung Münchens von dem Terror der russischen Bolschewisten zu unterrichten. Die Nachrichten, welche heute vorliegen, zeigen so wenig Zusammenhang und sind so inhaltlos, daß man nicht weiß, ob sich München nunmehr tatsächlich in den Händen seiner Befreier befindet, ob die Erschießung von Geiseln sich bewahrheitet, ob große Zerstörungen von Staats- und Privateigentum vorgekommen sind, ob die Führer der bolschewistischen Nebenregierung ergriffen werden konnten und so manches andere mehr, das zu erfahren Deutschland doch Anspruch hat. Was heute an neuen Meldungen vorliegt, kommt bezeichnenderweise zumeist aus Berlin oder Stuttgart und nicht aus Bayern, während doch Herr Hoffmann, der seine Rettung lediglich außerbayrischer Hilfe verdankt, genügend Veranlassung hätte, sich recht schnell erkenntlich zu zeigen. Oder ist hier bayrischen „Kantönligeist" am Werke?

Auf die zum mindesten zweideutige Rolle, welche während der ganzen Aufstandszeit Herr Hoffmann gespielt hat, weist heute auch das „Leipz. Tgbl." hin, wenn es schreibt: Der Ministerpräsident stand Eisner sehr nahe, er übernahm dessen politisches Erbe, das zu immer größerem Radikalismus führen mußte. Hoffmann garantierte wohl erst dem bayrischen Landtag den Zusammentritt in München, erpreßte aber dann von der Volksvertretung, die zu Zweidritteln nicht sozialistisch war, die Anerkennung einer radikal sozialistischen Regierung. Im Herzen mit den Spartakisten gehend, versäumte Hoffmann so ungefähr alles, was Ruhe und Ordnung in Bayern einigermaßen hätte garantieren können. So war es ihm beschieden, während einer Berliner Reise gestürzt zu werden. Allein auch dieser Schlag gegen ihn selbst vermochte ihn nicht von seiner Neigung für die kommunistische Richtung zu befreien. Erst der Gang der Ereignisse, der Abfall der Bauernschaft von München, mit dem das Schicksal des Sowjetstaates besiegelt war, und der Druck, der von bayrischer wie Reichsseite auf ihn ausgeübt wurde, veranlaßten ihn zu einiger Entschlossenheit. Hoffmann, der selbst gegen die Freiwilligenverbände gehetzt und mit dazu beigetragen hatte, diese als „preußische Einrichtung" in Bayern unbeliebt zu machen, sah sich jetzt genötigt, für den freiwilligen Beitritt zu Heeresverbänden aufzurufen und zu diesem Zwecke sogar die von ihm so stark befehdete Kirche in Anspruch zu nehmen. Nun ist wohl in den letzten Tagen, sicher ausschließlich unter dem Zwang der Verhältnisse, die Haltung Hoffmanns eindeutig geworden. Aber: wie lange wird sie es bleiben? Die bisherige Haltung dieses Ministerpräsidenten kann nicht ermutigen. Viele „Herrscher" hat München seit dem November gehabt: Eisner, Toller, Landauer, Mühsam, Levien; Klassenkämpfe sind in einer Stadt entfacht worden, die vorher solche nicht gekannt hatte. Man kann sich nicht vorstellen, daß nunmehr, nachdem ihm die Wege geebnet sind, Hoffmann der Retter sein sollte. Notwendig ist es in erster Linie, den Landtag in seine Rechte zu setzen: darin allein liegen Aussichten auf eine bessere Zeit.

Was auf Interesse Anspruch erheben kann verzeichnen wir in folgendem:

Berlin, 2. Mai. Wie die „Voss. Ztg." an hiesiger zuständiger Stelle erfahren hat, gat der konzentrische Einmarsch in München um 12 Uhr mittags begonnen. Um diesen Zeitpunkt war München so vollständig eingeschlossen, daß der Einmarsch auch in den südlichen Stadtteilen, in denen die Spartakisten den heftigsten Widerstand organisiert hatten, erfolgen konnte. Bisher sind von den Führern der Spartakisten Dr. Landauer und der Führer der Roten Armee, Egelhofer, verhaftet worden. Nachmittags soll das Oberkommando — Generalleutnant v. Oven — seinen Einzug halten.

Berlin, 2. Mai. Die West- und Nordtruppen haben die befohlene Einschließungslinie in München besetzt. Ein von Osten kommendes Detachement hatte Schwabing und den Nordteil der Stadt bis zur Briennerstraße besetzt. Die Brücke von Bodenhausen bis zur Reichenbachstraße ist besetzt. Die Residenz ist in den Händen der Regierungstruppen. Truppen der spartakistischen Armee halten den Sendlingertorplatz, die Sendlingerstraße, das Matthäser-Bräu, die Dachauer Straße und das Kasernenviertel besetzt. Auf dem Ostbahnhof in München ist ein Panzerzug mit Regierungstruppen eingelaufen. Aibling ist besetzt. Rosenheim hat sich bedingungslos ergeben. Die roten Truppen befinden sich in verschanzten Stellungen bei Kälbermoor.

Stuttgart, 2. Mai. Das Kriegsministerium gibt bekannt: Die Umstellung und Abschließung von München wurde am 1. Mai ausgeführt. In München entbrannten gestern abend heftige Kämpfe zwischen Spartakusleuten und Münchener Einwohnern, die sich in Freiwilligenverbänden zusammengeschlossen hatten und geschlossen hinter der Regierung Hoffmann standen. Die Verluste auf seiten der Spartakisten sind etwa 60 Tote, die Verluste der Gruppe Haas 1 Toter und 2 Leichtverletzte.

Berlin, 2. Mai. Wie der „Tägl. Rdsch." von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden die preußischen Truppen nach der Einnahme Münchens noch nicht das bayrische Land verlassen, denn eine Bedingung zur Verlängerung der Reichshilfe für Bayern war es, daß die Reichstruppen so lange im Lande verbleiben dürfen, bis die Reichswehr nach den Intentionen Noskes in Bayern organisiert ist. Zur Reorganisation der bayrischen Armee ist mit der Abschaffung aller Soldatenräte innerhalb der Volkswehr und der Freikorps mit dem 1. Mai bereits der erste Schritt getan.

Bamberg, 2. Mai. An hiesiger Stelle liegt eine Bestätigung der Nachricht von der Erschießung der Geiseln in München, sowie der Besetzung der Residenz und des Wittelsbacher Palais nicht vor.

Bamberg, 2. Mai. Die Sorge der Regierung dreht sich nunmehr darum, keinen der Führer aus München entkommen zu lassen. Man hat zwar sichere Kunde, daß wegen Meinungsverschiedenheiten im Vollzugsrat die Truppen der Roten Garde selbst ein scharfes Auge auf ihre Führer haben und bemüht sind, diese nicht entkommen zu lassen, um sich dann nicht allein auf Gnade oder Ungnade der Regierung Hoffmann ausgeliefert zu sehen. Daher hat auch die Regierung Hoffmann eine Flugstaffel bereitgestellt, um jedes Entfliehen im Flugzeug aus München möglichst zu verhindern.

## Scheidemann ist unzufrieden.

Scheidemann hat zur Maifeier in Berlin unter freiem Himmel eine Rede gehalten, welche wenig zuversichtlich klang und die Zukunft durchaus nicht rosafarbig ansieht. Er sagte u. a.: „Es gibt viele Leute, die mit der Regierung nicht zufrieden sind. Auch wir, die Regierung, sind mit dem Volk recht unzufrieden; es beruht dies auf Gegenseitigkeit. Jedesmal in unserer besten Arbeit sind uns Teile des Volkes in die Arme gefallen und haben uns gehindert, das, was für das deutsche Volk notwendig war, zu erfüllen. Wir mußten und müssen Lebensmittel schaffen, und durch Streiks auf völlig ungerechtfertigter Grundlage wird dies bis zur Unmöglichkeit erschwert. Ohne Gegenwerte durch Arbeit zu schaffen, sind wir außerstande, Zahlungsmittel für den notwendigen Import aufzubringen. Es wird viel über die Sozialisierung gesprochen! Vielen Genossen geht sie nicht schnell genug. Ja, wir wollen sozialisieren! Bankerott gestreikte Betriebe indessen und eine ungesunde Wirtschaft kann man nicht vergesellschaften. Sozialisierung muß auf solider Grundlage aufgebaut werden. Eine gesunde Wirtschaft muß erstehen. Wir können und dürfen nicht so frivol sein, darauflos zu experimentieren an Stellen, wo man nur im Augenblick verderben, aber nicht aufbauen kann. Von heute auf morgen kann man die Welt nicht auf den Kopf stellen. In Rußland hat man dies versucht und damit gänzlich Schiffbruch gelitten. Zu unserem Vergnügen arbeiten wir wahrhaftig nicht so, wie wir es tun."

Das alles klingt recht verzweiflungsvoll und läßt erkennen, daß Scheidemann den kommenden Zeiten wenig Vertrauen auf Besserung entgegenbringt.

### Neue Lebensmittelverhandlungen.

Das „B. T." gibt eine Meldung des Bureaus Europa Preß wieder, wonach die erste Anknüpfung sachlicher Verhandlungen eine Unterredung des deutschen Unterstaatssekretärs v. Braun mit dem amerikanischen Ernährungskommissar Hoover bildete. Dieser teilte mit, daß zur weiteren Belieferung Deutschlands abermals 400 Millionen in Gold nötig seien. Es wurde vereinbart, daß die deutschen Delegierten der deutschen Regierung vorschlagen, 200 Millionen in Gold und ebensoviel in fremden Werten zu hinterlegen. Hoover legte auch dem Unterstaatssekretär nahe, Deutschland möge argentinischen Weizen ankaufen, da der amerikanische so knapp geworden sei, daß ein Höchstpreis dafür hätte eingeführt werden müssen. Braun stimmte unter den Bedingungen zu, daß deutsche Unterhändler nach Argentinien reisen dürfen.

### Der Leipziger Arbeiterrat und der Generalstreik.

In der Freitagssitzung des Leipziger Arbeiterrats wurde von der kommunistischen Fraktion der Antrag gestellt, im Falle eines Einrückens der Noske-Truppen zur Durchführung des Belagerungszustandes sofort in den Generalstreik einzutreten. Nach kurzer Debatte wurde, nachdem ein Redner der demokratischen Fraktion sofortige Abstimmung beantragt hatte, die Vertagung über die Abstimmung bis zum nächsten Montag, 3 Uhr, beschlossen, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Antrage Stellung zu nehmen.

## Die polnische Gefahr.

Zu dem neuesten Protest der Waffenstillstandskommission an Marschall Foch haben nicht nur die herausfordenden Reden des Generals Haller, sondern auch militärische Beobachtungen Veranlassung gegeben, denen zufolge die Polen, namentlich an der oberschlesischen Grenze, mit der Ansammmlung von Truppen fortfahren. Von der Hallerschen Armee sind bisher die 1. und 2. Division in Stärke von etwa 25 000 Mann quer durch Deutschland passiert. Sie scheinen zunächst dazu bestimmt zu sein, den Polen in und um Lemberg Luft zu schaffen. Daß Hallersche Truppen auch auf deutschem Boden Verwendung finden sollen, dafür liegt bis jetzt keine Bestätigung vor. Richtig ist allerdings, daß in mehreren Städten der Provinz Posen, so in Gnesen, Hohensalza und Rogasen, für diese